

#DAgehtnochwas

Kommunalwahlprogramm 2021

der Freien Demokraten Darmstadt

Darmstadt ist eine großartige und attraktive Stadt, deren Stadtbild und Gesellschaft sich in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt hat. Um die Weichen für die kommenden Jahre zu stellen, legen die Freien Demokraten Darmstadt ein Programm vor, das so vielfältig wie unsere Stadt ist. Mit den sieben Programmbereichen „Wirtschaft und Finanzen“, „Mobilität“, „Bildung“, „Wohnen, Stadtentwicklung und Umwelt“, „Vereinsleben, Kultur und Sport“, „Digitalstadt“ und „Sicherheit und Stark vor Ort“ wollen wir Darmstadts Potenzial entfalten und Sie einladen, sich uns anzuschließen.

Wirtschaft und Finanzen

- **Finanzlage durch Corona:** Die Entwicklung der städtischen Finanzen ist von den harten Einschnitten der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Sinkende Steuereinnahmen, der Verzicht auf Gebühren und Beiträge sowie Stützungsmaßnahmen für notleidende Betriebe und Vereine haben den städtischen Haushalt belastet und werden dies weiterhin tun. Es ist daher nicht auszuschließen, dass in den kommenden Jahren die auch weiterhin erforderlichen regulären Haushaltsaufgaben (laufende Ausgaben, notwendige Investitionen) oder gar konjunkturbelebende Maßnahmen nur durch die Aufnahme neuer Schulden finanziert werden können. Dem werden sich die Freien Demokraten nicht verschließen. Bisher versäumte Investitionen in Bildung, Digitalisierung und Infrastruktur können nun dazu beitragen, die Wirtschaft zu beleben. Gleichzeitig helfen sie, die durch die Pandemie

offen zu Tage getretenen Schwächen, gerade bei der Digitalisierung, zu beseitigen. Im Sinne einer zukunftssicheren und generationengerechten Finanzplanung werden wir uns jedoch dafür einsetzen, dass die Aufnahme von neuen Schulden nur erfolgt, wenn ein verbindlicher Tilgungsplan festgelegt wird.

- **Wirtschaftsnahe Infrastruktur:** Die Kommunen unterhalten den größten Teil der wirtschaftsnahen öffentlichen Infrastruktur. Entsprechend haben die Kommunen den größten Anteil an den öffentlichen Investitionen. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung für den heimischen Wirtschaftsstandort: Wir müssen das kommunale Sachvermögen und die wirtschaftsnahe Infrastruktur besser erhalten. Wir wollen daher die städtischen Investitionen mindestens auf dem Niveau des Werteverzehrs durch Abnutzung halten. Anderenfalls ergibt sich eine negative Nettoinvestitionsquote. Darmstadt lebt von der Substanz. Dies ist nicht dauerhaft möglich. Die Infrastruktur muss nicht nur erhalten, sondern auch modernisiert werden. Dies soll durch Verbesserung der IT-Ausstattung in Ämtern, Schulung der Mitarbeiter für E-Government-Dienstleistungen, Sanierung von Straßen, Rad- und Fußwegen, Schulbausanierungen und die digitale Ausstattung der Schulen erfolgen. Für die schnellere Verfügbarkeit von Gigabit-Netzen müssen Planungen, Genehmigungen und Bau der Anlagen und Netze beschleunigt werden. Wir werden uns daher dafür einsetzen, dass langwierige Antrags- und Genehmigungsprozesse in Darmstadt für Wegerechte, Standorte und Baustellen vereinfacht und standardisiert werden.
- **Kommunale Steuern:** Die Freien Demokraten setzen sich auf kommunaler Ebene für eine faire Ausgestaltung der kommunal erhobenen Steuern ein. Den investitionsfreundlichen und standortstärkenden Gewerbesteuersatz werden wir nicht verändern. Und auch die steuerlichen Belastungen des Wohnens müssen verringert werden. Die damalige einseitige Erhöhung der Grundsteuer B war ein Fehler. Sie hat das Wohnen in Darmstadt nur noch teurer gemacht. Wir Freien

Demokraten werden uns daher dafür einsetzen, dass sämtliche Einnahmen aus einer möglichen Grundsteuer C auf bebaubare aber unbebaute Grundstücke ausnahmslos für eine Absenkung der Grundsteuer B eingesetzt werden. Sämtliche Bagatellsteuern, deren Erhebungsaufwand in keinem Verhältnis zum Steueraufkommen steht, werden wir kritisch überprüfen.

- **Stadtwirtschaft:** Eine starke Stadtwirtschaft unter dem Dach der HEAG Holding AG leistet in vielfältiger Weise einen Beitrag zur Leistungsfähigkeit der Stadt als Ganzes. Ertragsstarke Unternehmen helfen dabei, defizitäre Aufgaben der Daseinsvorsorge zu finanzieren. Angemessene, den Stadtwirtschaftskonzern nicht überfordernde Ausschüttungen stärken den Gesamthaushalt. Die Freien Demokraten bekennen sich zur Darmstädter Stadtwirtschaft. Der konsensorientierte Prozess der Fortschreibung der Stadtwirtschaftsstrategie ist für uns eine Daueraufgabe. Die Geschäftsmodelle der einzelnen Tochterunternehmen sind zukunftsfähig und marktorientiert auszubauen. Im Mittelpunkt müssen jedoch die Aufgaben der Daseinsvorsorge und die Kerngeschäftsfelder Energie, Wohnen, Gesundheit und ÖPNV stehen. Denn kommunale unternehmerische Betätigung ist kein Selbstzweck. Wir werden den Stadtwirtschaftskonzern daher gemeinsam mit dem Vorstand der HEAG Holding AG in seiner Zusammensetzung überprüfen und wo nötig auch den Verkauf nicht notwendiger Beteiligungen vorantreiben. Dabei muss auch die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, neue strategische Partnerschaften in den Schlüsselbereichen Energie und Wohnen einzugehen. Es muss vermieden werden, dass der Konzern als Ganzes von seiner Substanz lebt, wie dies derzeit absehbar ist.
- **Öffentliche Vergabe:** Bei öffentlichen Vergaben sollen heimische Unternehmen faire Chancen erhalten. Wir wollen daher bei allen städtischen Ausschreibungen die Aufteilung in Fach- und Teillose ermöglichen. Die nach dem hessischen Vergabegesetz möglichen freihändigen und beschränkten Vergaben von Bauaufträgen wollen wir nach vorangehender Prüfung der Wirtschaftlichkeit breit nutzen. So stärken wir den

heimischen Standort. Vergabefremden Kriterien in Ausschreibungen erteilen wir eine klare Absage.

- **Innovation und Start-ups:** Wir fordern für Darmstadt eine Cluster-orientierte Standortpolitik zur Ansiedlung neuer innovativer Unternehmen. Die dafür notwendigen Gebiete bspw. im Norden der Stadt sind entsprechend schnell auszuweisen und als Vorhalteflächen zu entwickeln. Darüber hinaus soll sich die Stadtwirtschaft gemeinsam mit der Sparkasse, der TU Darmstadt und der Hochschule Darmstadt stärker als bisher im Bereich der Förderung von Tech-Startups engagieren. Unter dem Dach der HEAG werden wir daher den kommunalen Venture-Capital-Fonds erweitern und ausbauen. Die Möglichkeit im Wege des Matchings weitere private Investoren einzubeziehen soll dabei geprüft werden. Zur Stärkung der Innovationskraft sollen weitere Co-Working-Spaces im Norden und Süden der Stadt gemeinsam mit der IHK und den Hochschulen geschaffen werden. Digitale Geschäftsmodelle, IoT-Anwendungen, Tech-Unternehmen und die NewSpace-Industrie sollen in Darmstadt bundesweit vorbildlich gefördert werden.

Mobilität

- **Verkehrsentwicklungsplanung:** Wir werden die über Jahre verschleppte und verzögerte Überarbeitung, Aktualisierung und Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans aus dem Jahr 2006 in Angriff nehmen. Die fragmentierte Darmstädter Verkehrsgestaltung muss beendet werden.
- **Individuelle Mobilität:** Wir setzen uns für einen Nahverkehr ein, der in intelligenten Mobilitätsketten vom Anfang bis zum Ende denkt und private Mobilitätsanbieter, wie z.B. Carsharing-Plattformen und E-Scooter, miteinbezieht. Denn Mobilität bleibt individuell. Wir brauchen die Möglichkeit, für jeden Verkehrsteilnehmer mit digitaler Unterstützung den jeweils effektivsten Mix aus verschiedenen Verkehrsträgern

erkennen und nutzen zu können. Daher werden wir für Darmstadt eine integrierte Mobilitäts-App entwickeln, die alle Verkehrsträger in Echtzeit vernetzt und auch Punkt-zu-Punkt-Bezahlungsmöglichkeiten beinhaltet. Die Einführung eines On-demand-ride-sharing-Angebots unterstützen wir ausdrücklich.

- **ÖPNV:** Bei der Attraktivierung des ÖPNV setzen wir auf einen ausgewogenen Dreiklang aus Ausbau, Qualitätsverbesserungen und Preissenkungen. Der ÖPNV muss günstiger werden und um neue und flexible Angebote wie etwa das On-Demand-Ride-Sharing erweitert werden.

Es werden für den ÖPNV mehr und bessere Fahrzeuge, insbesondere durch Ausstattung mit WLAN und Steckdosen, benötigt. Stoßzeiten müssen durch eine quantitative Erhöhung der Fahrzeuge besser aufgefangen werden. Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, sind insbesondere der Einsatz von Online-Ticketing- und Payment-Systemen relevant, die starre Tarifzonen durch individuelle Reiserouten ersetzen.

Im Zentrum von Darmstadt soll ein kostenloses Angebot von Bus- und Tramfahren als Modellversuch zeitlich befristet erprobt werden. Ein darüber hinausgehendes kostenloses Angebot wird jedoch abgelehnt. Wir befürworten grundsätzliche Vergünstigungen für Schüler und Azubis im Rahmen des Schülertickets. Zudem sind wir für eine Erprobung des Modells eines 365-Euro-Jahrestickets im Gebiet des RMV als Teil einer regionalen ÖPNV-Förderung.

Das Straßenbahnnetz soll als zentrales Rückgrat der ÖV-Mobilität ausgebaut werden. Notwendig ist eine Verbindung in die Heimstättensiedlung und die Verlängerung der Anbindung nach Wixhausen.

Bereits jetzt muss autonom fahrender ÖPNV vorgedacht werden und bspw. perspektivische Flächen vorgesehen werden, um diese Fahrzeuge abzustellen.

- **Fahrrad:** Auch das Fahrrad soll in Zukunft als Teil des neuen Verkehrsentwicklungsplanes betrachtet werden und die Errichtung von

Bikesharingstationen, Fahrradladestationen sowie Fahrradparkhäusern in der Fläche unterstützt werden. Hierbei sind auch gut ausgebaute Fahrradwege und -straßen zwischen Knotenpunkten erforderlich. Die Hauptverkehrsrouten Nord-Süd und Ost-West müssen dabei abgebildet werden. Sinnvolle Straßenverkehrsregelungen für e-Bikes sowie vergleichbare elektrisch betriebene Verkehrsmittel für den Individualverkehr müssen entwickelt werden. Darüber hinaus setzen wir uns für eine E-Schnellweganbindung in, durch und aus Darmstadt ein.

- **Verkehrsanbindung:** Die FDP Darmstadt spricht sich für eine schnelle, hoch getaktete Verbindung an den Frankfurter Flughafen via S-Bahn sowie zum Hauptbahnhof Frankfurt aus. Ebenso sind die Bahnverbindungen vom Darmstädter Hauptbahnhof nach Mannheim und nach Mainz im Takt zu verdichten. Die Züge sollten zur Rush-hour verlängert werden. Dies bringt Darmstadt und der Region einen größeren verkehrlichen Nutzen als eine ICE-Anbindung, die keine Rücksicht auf Mensch und Natur nimmt. Eine Südanbindung, die durch den Westwald zur geplanten ICE-Neubaustrecke führt, lehnen wir strikt ab.

Um auch der weiter steigenden Pendlerzahl in, durch und aus Darmstadt zu begegnen, braucht es den zweigleisigen Ausbau der Bahn nach Langen, den zweigleisigen Ausbau der Odenwaldbahn, die Verlängerung der S-Bahn-Strecke nach Pfungstadt und ringartige Stadtbahnen.

Darüber hinaus soll das Nachtbusangebot in das Darmstädter Umland an die Bedürfnisse der jungen Bevölkerung angepasst werden und eine Teilhabe am Darmstädter Nacht- und Kulturleben ermöglichen. Hier sollten durch die ganze Nacht hinweg stündlich Verbindungen angeboten werden.

- **Parken:** Im Rahmen eines vernetzten Mobilitätskonzeptes werden für Autos und Radfahrer genügend Parkplätze an den Bahnhöfen und nahe wichtiger ÖPNV-Haltestellen benötigt. Gleichmaßen ist der Ausbau von Park&Ride-Möglichkeiten für Pendler und Tagesbesucher relevant. Für diejenigen, die keine Alternative zum Auto

haben, fordern wir die Ausweitung der kostenfreien Kurzzeitparkmöglichkeiten auf den vorhandenen öffentlichen Parkflächen und ein modernes Parkleitsystem. Eine rein ideologisch motivierte flächendeckende Parkraumbewirtschaftung, insbesondere in den Wohngebieten, lehnen wir ab.

Auch eine alternative Form der Verbesserung der Parksituation soll gefördert werden. Mit Hilfe einer App können Anwohner z.B. ihre privaten Anliegerparkplätze, Garagenstellplätze etc. für begrenzte Zeit untervermieten. Dadurch wird nicht genutzter Parkraum effizient genutzt.

- **Diesel-Fahrverbot:** Weitere Beschränkungen aus dem einseitig zu Lasten der Stadt Darmstadt vereinbarte Vergleich zwischen dem Land Hessen und der Deutschen Umwelthilfe sind mit allen rechtlichen Mitteln abzuwehren. Schon die bisher ergriffenen Maßnahmen der sektoralen Fahrverbote sind höchst fragwürdig in ihrer Wirkung und unverhältnismäßig. Weitere Beschränkungen des innerstädtischen Verkehrsflusses sind nicht hinnehmbar. Der politisch motivierte Kulturkampf einzelner Gruppen gegen das Auto darf nicht auf dem Rücken der Darmstädter Bürgerschaft ausgetragen werden.

Digitalstadt

- **Strategie Digitalstadt:** Die "Digitalstadt" Darmstadt ist für die Bürger vor Ort bislang nicht erkennbar, es gibt keine greifbaren Vorteile oder Möglichkeiten für Bürger und Unternehmen, die durch die Digitalisierungsprojekte eigentlich längst geschaffen sein sollten. Wir fordern daher einen Neustart der Digitalisierungsoffensive, die sich an ihrer praktischen Relevanz messen lassen muss. Hierfür ist unternehmerischer Mut und nicht kleinteilige Projektitis gefordert!
- **Digitales Bürgeramt:** Die städtische Verwaltung muss sich als Dienstleister verstehen. Dazu müssen die Digitalisierung der Prozesse, das Angebot an Online-Dienstleistungen sowie bürgerorientierte Öffnungszeiten erweitert werden. Das

digitale Bürgeramt ist ein essentieller Bestandteil einer digitalen Stadt und der digitalen Strategie. Gängige Verwaltungsprozesse müssen für die Bevölkerung zeitunabhängig, ohne Amtsbesuch und frei von Medienbrüchen über eine digitale Plattform oder App möglich sein. Alle weiteren Vorgänge sollen durch online buchbare Termine abgewickelt werden.

- **Home Working:** Ungeachtet der Öffnung der Wirtschaft nach dem vollständigen Corona-Shutdown stehen viele Darmstädter Unternehmen vor großen organisatorischen Herausforderungen. Die Themen Home Office, Remote Work und New Work sind aktueller denn je und werden es bleiben. Heimarbeit ist jedoch nicht nur eine Frage der digitalen Infrastruktur und mobilen Endgerätestrategie. Heimarbeit beeinflusst die Unternehmenskultur und muss parallel und integrativ begleitet werden. Viele kleinere Unternehmen sind damit überfordert oder haben keine Erfahrungen. Digitales Führen von Teams, Online-Onboarding neuer Mitarbeiter und auch die Frage, trotz Abwesenheit den sozialen Zusammenhalt in der Gruppe zu erhalten - all dies ist für viele Unternehmen neu. Die Verlagerung der Büros ins Home-Office führt zudem zu zusätzlichen Gefahren durch Cyber-Attacken wie Phishing und Spams. Um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden, braucht es die entsprechende IT-Infrastruktur und eine geeignete Cyber-Sicherheits-Architektur. Da die Ursachen erfolgreicher Attacken fast ausschließlich auf menschliche Fehler zurückzuführen sind, ist es außerdem notwendig, die Kompetenzen der Beschäftigten zu verbessern. Auch hier fehlt es vielen kleineren und mittleren Unternehmen an Know-How und Erfahrung. Die städtische Wirtschaftsförderung kann hier gemeinsam mit der HEAG Holding und dem House of IT Hilfestellung leisten, etwa durch Coachings, Webinare oder Plattformen für den Erfahrungsaustausch. Davon profitieren gerade kleinere Unternehmen, die sich aufwendige externe Berater ansonsten nicht leisten können. Solche Maßnahmen kosten nicht viel Geld und gerade die HEAG und das HIT haben hier bereits ausgeprägte Erfahrung und Expertise.

- **Einzelhandel:** Die Digitalstadt Darmstadt sollte u.a. den von der Corona-Krise stark getroffenen Einzelhandel durch weitere Digitalisierungsmaßnahmen aktiv und gezielt unterstützen, hierzu zählen u.a. vernetzte Verkaufsplattformen, Lieferservices, integrierte Parkplatz-App u.a.m.

Bildung

- **Schulwahlfreiheit:** Die Darmstädter Freien Demokraten wollen Eltern und Schülern bei der Wahl von Schule und Bildungsformat größtmögliche Freiräume und Wahloptionen gewähren. Das bedeutet ein breites Angebot unterschiedlicher Schulformen. Die Freien Demokraten garantieren, dass alle Darmstädter Schulen für Schüler aus allen Stadtteilen zugänglich bleiben. Maßgeblich für die Bereitstellung von unterschiedlichen Schulformen kann nur die Nachfrage sein. Aufgrund des hohen Bedarfs an gymnasialen Schulangeboten setzen wir uns für die Einrichtung zusätzlicher Eingangsklassen ein. Dabei erkennen wir in der vielfältigen Verflechtung der Region auch eine Herausforderung für die regionale Bildungslandschaft. Alleine die Schülerströme zwischen der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg verdeutlichen, dass die Planung und Weiterentwicklung von Bildungsangeboten nur in einem gemeinsamen regionalen Kontext erfolgen kann. Dies gilt für den Bereich der allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Schulen gleichermaßen. Wir streben daher eine gemeinsame, regionale Schulentwicklungsplanung an, die neben der Standortplanung auch einen gemeinsamen Finanzierungsverbund vorsieht. Nur gemeinsam können die großen Herausforderungen im Bildungssektor bei den baulichen Investitionen genauso wie bei der Digitalisierungsfähigkeit der Schulstandorte erfolgreich gemeistert werden. Entsprechend muss auch die Verkehrsanbindung zu Schulen regional ausgebaut werden.

- **Investitionen und Modernisierung:** Es ist unser Ziel, dass in Darmstädter Schulen durch bestmögliche Ausstattung ein optimales Lernumfeld, wie bspw. durch WLAN-Zugänge mit mind. 50 MBit/s, geschaffen und die digitale Ausstattung verbessert wird. Dazu gehört auch die Schaffung von Online-Plattformen, der Bereitstellung mobiler Endgeräte und der verschärfte Ausbau von begleitetem Home-Schooling. Wir werden daher für alle Darmstädter Schulen in Zusammenarbeit mit der Digitalstadt GmbH eine mobile Endgerätestrategie entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Darmstädter Schulen die Möglichkeit haben, die bereits durch den Digitalpakt zugesicherten Mittel zu zeitnah zu erhalten. Höchste Investitionspriorität hat für uns daneben die Umsetzung des Berufsschulentwicklungsplans am Berufsschulzentrum Nord und dessen Ausbau zum Hessen Campus. Nur so kann ein zukunftsfähiger Ort des lebenslangen Lernens eingerichtet werden.
- **Exzellenz der TU Darmstadt:** Die FDP Darmstadt setzt sich dafür ein, die Position der TU Darmstadt im landes- und bundesweiten Kontext und insbesondere die Fachbereiche, in denen Forschung auf internationalem Spitzenniveau betrieben wird, zu stärken. Die TU Darmstadt soll dabei unterstützt werden, die Deutsche Nummer 1 auf den Forschungsgebieten der Künstlichen Intelligenz und des Maschinellen Lernens zu werden und in Konsequenz Zukunftsindustrien lokal anzusiedeln. Dazu wollen wir ein Start-up-Ökosystem entwickeln, dass Spin-Offs gezielt fördert. Wir setzen uns für die Gründung einer gemeinsamen Patentverwertungsgesellschaft von Technischer Universität, den anderen Darmstädter Hochschulen und Stadt nach amerikanischem Vorbild ein, um auch hier eine neue Stufe der Professionalisierung zu erreichen.
- **Kitas und Kinderbetreuung:** Kinderbetreuungseinrichtungen, die insbesondere im Kita- und Grundschulalter, eine ganztägige und zeitflexible Betreuung ermöglichen, sind Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf für junge Eltern. Wir setzen uns sowohl für den Ausbau der Plätze von Kitas und Nachmittagsbetreuung als auch für die Erweiterung der angebotenen Betreuungszeiten ein. In diesem Zuge

sollen die Angebote für Eltern erhöht werden, deren Arbeitszeiten von der Norm der Kita-Öffnungszeiten abweicht, z.B. wenn sie in Schichtarbeit eingebunden sind.

Um den Alltag mit kleinen Kindern zu erleichtern, soll bei der Neubeschaffung von öffentlichen Toiletten auf familienfreundliche Systeme mit Wickelmöglichkeiten geachtet werden.

- **Zusätzliche Bildungsangebote:** Wir werden den Pakt für den Nachmittag nutzen, um zusätzliche Bildungsangebote im Bereich der technisch-naturwissenschaftlichen Bildung, aber auch der ökonomischen Bildung anzubieten. Bürgerschaftlich getragene Initiativen wollen wir hierbei aktiv einbeziehen.
Innerhalb der zusätzlichen Bildungsangebote und insbesondere in Kooperation mit der TU Darmstadt und der Hochschule Darmstadt sollen verstärkt MINT-Förderungsangebote für Mädchen geschaffen werden, um ihnen früh die Entwicklungsmöglichkeiten in Naturwissenschaften und Technik aufzuzeigen.

Wohnen, Stadtentwicklung und Umwelt

- **Eigentumsquote erhöhen:** Wir wollen Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen beim Erwerb von Wohneigentum durch eine gezielte Förderung unterstützen. Als eine Form der Eigenkapitalergänzung wollen wir bei Verkäufen, auf die die Stadt Darmstadt unmittelbar oder mittelbar Einfluss hat, einen Familienzuschuss von 5% sowie einen Zuschuss von 2,5% pro Kind geben. Zudem wollen wir, dass die Sparkasse aus einem Teil ihrer Jahresüberschüsse, die bereits derzeit nicht alle in den städtischen Haushalt abgeführt werden, ein weitergehendes Zinsverbilligungsprogramm auflegt, um den genannten Erwerberkreis von Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen noch einmal gezielt zu unterstützen.
Künftige Maßnahmen in der Stadtentwicklung müssen der Eigentumsförderung in besonderen Maße Rechnung tragen. Dazu gehören auch familienbezogene Preisnachlässe auf Grundstückspreise bei städtischen Verkäufen. Da es nicht immer

gelingt, Neubau für die unteren Preisgruppen zu einem entsprechenden Quadratmeterpreis zu entwickeln, wollen wir verstärkte Anreize für eine Quersubventionierung setzen. Dazu ist eine effiziente Zusammenarbeit der Stadtverwaltung mit den privaten und städtischen Investoren mit Hilfe des Bauplanungsrechtes notwendig. Vereinbarungen zwischen der Stadt Darmstadt und Investoren in Bezug auf einen Eigentumswohnungsanteil für das untere und mittlere Segment sind daher unser Ziel. So wollen wir bei entsprechenden Neubauentwicklungen analog der angestrebten Quoten für geförderten Wohnraum eine Quote von bis zu 20% Eigentumswohnungen zu einem vergünstigten Preis anstreben. Durch eine aktive Baulandausweisung mit bindenden Vereinbarungen mit den Bauherren wollen wir erreichen, dass prozentuale Anteile der Anzahl von Eigentumswohnungen mit niedrigen und mittleren Einkommen festgeschrieben werden.

- **Bürgerfonds für Wohneigentum:** Hohe Baukosten, steigende Grundstückspreise und fehlende Investitionsanreize haben Folgen: Bauvorhaben für das mittlere oder gar untere Preissegment sind aus Sicht von Investoren nur in seltenen Fällen rentabel. Neue Lösungen müssen in Betracht gezogen werden, um den Mangel an Eigentum im unteren Preissegment zu entschärfen. Mit einem „Bürgerfonds für Wohneigentum“ schaffen wir ein neuartiges Konzept zur Beseitigung dieses Angebotsengpasses. Durch einen Bürgerfonds können die Bürger selbst in den Kreis der Investoren rücken, ohne notwendigerweise die vergleichbar hohen Summen für den Einzelerwerb einer Eigentumswohnung aufbringen zu müssen. Hierdurch entsteht für Bezieher von kleineren Einkommen eine neue Form, mittelbar in eine selbstgenutzte Immobilie zu investieren. Damit leisten wir zugleich einen Beitrag zur privaten Altersvorsorge. Damit diese Ziele erreicht werden können, braucht es jedoch günstiges Bauland. Hierzu muss soll die Stadt Darmstadt in Zukunft im Rahmen von ihr gesteuerten Konversionsprojekten verbilligt Bauflächen bereitstellen. Ein genossenschaftlich organisierter Bürgerfonds für den Wohnungsmarkt kann sowohl als geschlossener als

auch in offener Form ausgestaltet werden. Das Fondsmanagement soll, auch zur öffentlichen Kontrolle, im Stadtwirtschaftskonzern angesiedelt werden

- **Erbbaurecht:** Für uns Freie Demokraten spielt das Erbbaurecht eine wichtige Rolle. Denn es bietet die Möglichkeit, ein Haus auf einem Grundstück zu bauen, das einem anderen Eigentümer gehört. Erbpachtmodelle bieten viele Vorteile: Mit der Erbpacht können sich selbst Familien mit wenig Eigenkapital eine eigene Immobilie leisten. Wir wollen daher die Vergabe städtischer Baugrundstücke im Wege der Erbpacht wieder ausweiten.
- **Bestandsprivatisierung:** Wir setzen uns dafür ein, dass der Kauf von Bestandsimmobilien gefördert und Finanzierungsangebote aus den kommunalen Unterstützungsprogrammen hierfür gezielt eingesetzt werden. Die hier tätigen Wohnungsunternehmen, insbesondere die bauverein AG sowie die Nassauische Heimstätte als öffentlich getragenen Marktakteure, sollten sich daher wieder verstärkt der Bestandsprivatisierung öffnen und Mietern die Wohnungen zum Kauf anbieten. Hierzu wollen wir eine gemeinsame Beratungsstelle von Stadt, Bauverein AG und NH einrichten, die eine professionelle Vorbereitung und Begleitung solcher Prozesse ermöglicht. Wir wollen uns bei der Förderung vor allem auf niedrigere Einkommen konzentrieren.
- **Bauprojekte:** Die Freien Demokraten wollen eine Kommission zur Baukostensenkung durch Reduktion kommunaler Vorgaben einzurichten. Ziel der Kommissionsarbeit soll es sein, preistreibende und überdimensionierte Standards und Vorgaben zu identifizieren, zu überprüfen und Vorschläge zu einer Vereinfachung der Vorschriftenlage zu unterbreiten. Sie soll zudem Leitlinien erarbeiten, die bei der künftigen Normensetzung im kommunalen Bereich helfen, eine Folgenabschätzung für die Kosten des Bauens und Wohnens zu treffen. Bauprojekte dürfen nicht länger wegen zu geringer personeller Ausstattung in den Bauämtern in Verzug geraten. In Darmstadt dauert es zu lange, bis Bauanträge bearbeitet werden. Wir werden

sicherstellen, dass genug und gut qualifiziertes Personal zur schnelleren Bearbeitung der Vorgänge vorhanden ist. Wenn die Ämter nicht genug eigenes Personal finden, soll das Bauamt Kooperationen mit Dienstleistern und Planungsbüros eingehen. Zudem müssen wir die Bauverwaltung digital modernisieren. Denn digitale Methoden der Bauplanung (Building Information Modeling) werden zunehmend von Bauherren genutzt. Wir gewährleisten, dass die Verwaltung die technischen Voraussetzungen für moderne Planungen erfüllt. Die nötige IT-Infrastruktur und Software muss vorhanden und das Personal dafür gut geschult sein. Die IT-Infrastruktur kann auch durch externe Dienstleister gewährleistet werden. Darmstadt muss die rote Laterne bei der Dauer der Baugenehmigungsverfahren abgeben. Dafür werden wir sorgen.

- **Wohnen in Ausbildung:** Um Darmstadt für Auszubildende attraktiver zu machen, kann ein Wohnheim speziell für Auszubildende mit dem Bauverein und ggf. IHK und Handwerkskammer als Träger errichtet werden. Darüber hinaus sollte der Bau von neuen Studentenwohnheimen gemeinsam mit dem Studierendenwerk forciert werden.
- **Stadtentwicklung:** Bei neuen Quartiersentwicklungen, etwa auf den Konversionsflächen, sind Projektstrukturen zu vermeiden, die mehrfach Grunderwerbsteuer auslösen und so künstlich die Preise in die Höhe treiben. Darüber hinaus ist bei der Ausweisung von Wohnquartieren unbedingt eine bedarfsgerechte Anbindung an den ÖPNV notwendig. Um die Emissionen zu reduzieren, sollten Gewerbegebiete und Wohngebiete nicht zu weit getrennt werden, um Pendlerströme zu vermeiden. Wir wollen bestehende Brachen wieder einer Nutzung zuführen. Aus diesem Grunde werden bestehende steuerliche Vergünstigungen nach einer angemessenen Vermarktungszeit aufgehoben. Um die Entstehung neuer Brachen zu verhindern, werden wir rechtzeitig Quartierentwicklungspläne erarbeiten und die Nutzungsmöglichkeiten den veränderten Anforderungen anpassen.

- **Wald:** Der Wald ist für die Menschen ein wichtiges Naherholungsgebiet. Zudem hat er eine klimaausgleichende Funktion, insbesondere gegen die Aufheizung der Stadt. Der Wald ist Lebensraum vieler Pflanzen und Tiere. Die FDP setzt sich daher für den Erhalt der Wälder ein. Dazu gehören genügend finanzielle Mittel zur Wiederaufforstung und ökologischen Pflege der Wälder, Zusammenarbeit mit Jagdgenossenschaften und das Hinterfragen der extensiven Wasserförderung im Ried und im Westwald. Gerade im Westwald wäre eine lückenlose jährliche Dokumentation des Waldbestandes und der Grundwasserstände und ggf. der Reinfiltration notwendig. Auch wilde Wiesen sollten vermehrt sich selbst überlassen werden.

Bei Baumaßnahmen und Trassenführungen sind Bäume zu schonen. Neupflanzungen von Bäumen sind kein Ersatz für die ökologische Bedeutung älterer Bäume mit ihren ausgedehnten Kronen.

- **Begrünung:** Die Begrünung von Häusern und Gärten ist für das Darmstädter Binnenklima wichtig. Die Stadt bietet dazu Förderungen an. Doch die sind mit bürokratischen Hürden versehen. So werden beispielsweise detaillierte Gartenpläne im Maßstab 1:50 und Mieterversammlungen mit Protokoll gefordert. Wir setzen uns für den Abbau der ausufernden Bürokratie ein und werden die Förderrichtlinien mieter- und eigentümerfreundlich fortschreiben. Zu einer für die Stadt preisgünstigen Begrünung kann auch die Förderung von Kleingärten beitragen, die von Pächtern eigenständig bepflanzt werden und so das städtische Klima fördern.
- **Lichtverschmutzung:** Wir wollen die Lichtverschmutzung in Darmstadt und die Auswirkungen auf Insekten auf den Prüfstand stellen. Wenn durch die Reduktion der Lichtverschmutzung mit Hilfe intelligenter Beleuchtung, bspw. Bewegungsmeldern, auch im Rahmen der Digitalstadt Darmstadt, eine wirksame Verringerung des Insektensterbens erzielt werden kann, sprechen wir uns hierfür aus.

- **Brauchwasser:** Wir setzen uns für den Bau und die Einrichtung einer vierten Reinigungsstufe im Klärwerk ein, um so aus dem gereinigten Abwasser Brauchwasser herzustellen, das bspw. zur Bewässerung von Pflanzen genutzt werden kann. Bei Neubauprojekten soll grundsätzlich evaluiert werden, ob ein Brauchwasserleitungsnetz eingerichtet werden kann.

Vereinsleben, Kultur und Sport

- **Finanzierung von Vereinen:** Die Freien Demokraten setzen sich für die Beibehaltung der finanziellen Förderung der Vereinsarbeit über die Sportförderrichtlinien hinaus sowie für eine nachhaltige Erhöhung der Investitionspauschale für Sportvereine ein. Die Liberalen werden sich dafür einsetzen, dass die Infrastruktur sowohl der Vereins- als auch der städtischen Sportstätten und Bäder bedarfsorientiert verbessert und Instand gehalten wird. Vor allem energetische Sanierungsmaßnahmen wollen wir fördern. Dabei wollen wir die Förderrichtlinien so umgestalten, dass den Vereinen maximale Planungssicherheit über Höhe und Zeitpunkt der Auszahlung der Fördermittel entsteht.

Dennoch: Vielen Vereinen gelingt es immer weniger, aus eigener Kraft die bestehenden Sportanlagen zu unterhalten. Das können wir nur verbessern, wenn alle Möglichkeiten einer Zusammenarbeit genutzt werden. Hinsichtlich des Zusammenschlusses von Sportvereinen lehnt die FDP Zwangsfusionen ab, begrüßt aber Kooperationen und will deshalb finanzielle Anreize hierfür vorsehen. Eine Bestrafung von fehlenden Kooperationen mit Zuschusskürzungen lehnen wir jedoch ab.

- **Zugänglichkeit von Sportstätten:** Wir treten für freien Zugang zu den städtischen Sportstätten mit Ausnahme der den Vereinen ausschließlich zur Verfügung stehenden Trainingszeiten ein, ferner für eine stärkere Förderung des leistungsorientierten Sports (Förderkonzept der Wissenschaftsstadt Darmstadt) und für eine Stärkung der

vorrangig freizeitorientierten Großveranstaltungen in Darmstadt. Dem Vereinssport ist in den städtischen Sportstätten wie u.a. im Leichtathletik-Leistungszentrum im Bürgerpark, im bald neueröffneten Nordbad, im Woog und Mühlthalbad ein ausreichender Zugang zu gewähren.

- **Politische Einbindung:** Um die Mitwirkungsmöglichkeiten von Sportvereinen bei sportrelevanten Vorhaben und Entscheidungen des Magistrats zu stärken, setzt sich die FDP für eine Erhöhung der Zahl der Vereinsvertreter in der Sportkommission des Magistrats ein. Darüber hinaus sollten alle Fraktionen eine Möglichkeit haben, an der Kommission mit beratender Stimme teilzunehmen.
- **Kreativszene:** Die Corona-bedingten Einschränkungen haben die freie Kreativ- und Kulturszene, vor allem KünstlerInnen, aber auch kulturschaffende oder musiktreibende Verein, in Darmstadt hart getroffen. Wir sehen das künstlerische Leben und die damit verbundenen Freizeitangebote als maßgeblichen Faktor für die Stadtgemeinschaft an. Entsprechend setzen wir uns für eine Kulturförderung ein, die individuell auf die entstandenen Herausforderungen reagiert und neben finanzieller Unterstützung beispielsweise städtische Räumlichkeiten mit höheren Kapazitäten unkompliziert zur Verfügung stellt.
- **Queere Community:** Die Corona-Pandemie bringt auch der LGBT-Gemeinschaft schwere Bürden. So waren Safe Spaces geschlossen und Veranstaltungen wie der Darmstädter Christopher Street Day (CSD) konnten nicht oder nur sehr eingeschränkt stattfinden. Die Freien Demokraten setzen sich generell, aber insbesondere auch zu Pandemiezeiten für eine diverse, diskriminierungsfreie und offene Gesellschaft ein. Daher unterstützen wir bspw. die Kooperation zwischen den Darmstädter Schulen und dem SCHLAU-Projekt zur Antidiskriminierung und zur Sensibilisierung von Jugend und Lehrkräften für queere Themen. Wir schätzen die ehrenamtliche Arbeit des Vereins vielbunt e. V. und mochten auf einen Ausbau der Kooperation bspw. bei der

Ausrichtung des CSDs hinwirken. Vor dem Hintergrund der zunehmenden LGBT-Feindlichkeit in Polen streben wir außerdem eine gemeinsame Erklärung mit unserer polnischen Partnerstadt Płock an, um uns zu Diskriminierungsfreiheit und Toleranz zu bekennen. Queere Geflüchtete, die ihre Heimat wegen der Verfolgung ihresgleichen verlassen mussten, soll Darmstadt besonders willkommen heißen.

- **Mathildenhöhe:** Die Freien Demokraten unterstützen die Welterbe-Bewerbung der Künstlerkolonie Mathildenhöhe. Wir setzen uns dafür ein, dass der verzögerte Bewerbungsprozess so bald wie möglich wieder aufgenommen wird.
- **Georg-Büchner-Museum:** Einer der wichtigsten Schriftsteller des Landes ist ein Sohn unserer Stadt: Georg Büchner. Während kein Schulkind um die Lektüre seiner Werke herum kommt, fehlt seine Präsenz in Darmstadt. Wir setzen uns für die Errichtung eines Georg-Büchner-Museums ein, das einen Deutschland-weiten Anlaufpunkt für die Bildung und Erfahrbarmachung von Georg Büchners Werken bietet. Das Museum soll die gelungene Ausstellung im Darmstadtium von 2013 als Anknüpfungspunkt nehmen und das Gesamtwirken der Familie Büchner miteinbeziehen, insbesondere auch die Würdigung der liberal-konservativen Schwester Luise Büchner.

Sicherheit und Stark vor Ort

- **Polizeipräsenz:** Eine erhöhte Präsenz der Kommunalpolizei an Hotspots, wie dem Luisenplatz, der Georg-Büchner-Anlage oder dem Umfeld des Hauptbahnhofs, kann die Sicherheit erhöhen. Diesem Aufgabenbereich weisen wir eine Priorität im Aufgabenbereich der Kommunalpolizei zu.
- **Videoüberwachung:** Dort, wo es objektiv ein Problem gibt, kann eine punktuelle Videoüberwachung sinnvoll sein, Kriminalität reduzieren, bei der Strafverfolgung helfen und so das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger stärken. Dafür sind

allerdings höchste Anforderungen an den Datenschutz notwendig. Eine flächendeckende, anlasslose Videoüberwachung des öffentlichen Raums dagegen lehnen wir ab.

- **Reorganisation der Verwaltung:** Ein langfristiges Personalentwicklungskonzept für die Stadtverwaltung ist dringend geboten. In der Stadtverwaltung ist es in den letzten Jahren zu einem deutlichen Aufwuchs an Stellen gekommen, der nicht immer durch Aufgabenzuwächse gerechtfertigt war. Durch eine konsequente Aufgabenkritik und Nutzung der Potenziale der Digitalisierung werden wir einen Stellenabbau im Rahmen der natürlichen Fluktuation ermöglichen. Dies ist ein wesentlicher Schlüssel zur Entschuldung der Stadt. Für die städtischen Bediensteten sollte zeitgemäß eine Flexibilisierung der Arbeit sowohl bezüglich der Arbeitszeit als auch des Ortes ermöglicht werden und damit einhergehend eine flächendeckende Ausstattung mit Notebooks erfolgen.
- **Darmstadt International:** Darmstadt ist eine internationale Stadt. Daher sollten ausländische Unternehmer, Beschäftigte, Wissenschaftler und Studierende bei Behördenkontakten in englischer Sprache kommunizieren können. Wir wollen Englisch zu einer ergänzenden Servicesprache in der Stadtverwaltung machen. Dies kann sich auch auf Beschilderungen innerhalb der Stadt sowie Ansagen im ÖPNV ausweiten.
- **Netzwerk Gewaltschutz und Frauenzentrum:** In Darmstadt und Darmstadt-Dieburg hat sich das Netzwerk Gewaltschutz gebildet. Auf der Basis des Gewaltschutzgesetzes arbeiten hier über 15 Gruppen zusammen, wie Polizei, Amtsgericht, Jugendämter, die Ambulanz der städtischen Frauenklinik, etc., die Hilfe gegen häusliche und sexualisierte Gewalt anbieten und Präventionsarbeit verrichten. Die FDP steht für den Erhalt und Ausbau dieses Netzwerkes.

Das Frauenzentrum in der Emilstraße bietet verschiedenen Frauengruppen und-vereinen Raum, sich zu treffen und weiterzubilden. Dieses vielseitige, eigenverantwortliche und oft ehrenamtliche Engagement ist weiterhin zu unterstützen. Dies gilt gleichermaßen für die Arbeit des deutschen Frauenrings und die Arbeitsgemeinschaft der Darmstädter Frauenverbände.

- **Ärztliche Versorgung:** Der Ausbau der quartiersnahen Versorgung durch Hausärzte sowie stationäre Pflegeangebote soll erhöht werden.
- **Bürgerdialog:** Um den Dialog mit Bürgern zu verstärken, kann ein "Kummerkasten", an den sich Bürger online wenden können, auch anonym, sinnvoll sein. Dieser kann dazu genutzt werden, eine bessere Bürgerbeteiligung bzw. einen Bürgerdialog zu gewährleisten.